

26

85

Union in Deutschland

Bonn, den 5. September 1985

Mobilisieren und informieren

OFFENSIVE '87

Die CDU will im Herbst eine politische Großoffensive starten, mit der die Mitglieder mobilisiert und die Bürger informiert werden sollen. Im Mittelpunkt dieser Offensive sollen die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie die Außenpolitik stehen. Dies kündigte Generalsekretär Heiner Geißler nach der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes in Bonn an. Die CDU wird ihre große politische Kampagne „Aktion 10 000“ nennen, weil die 10 000 Orts- und Kreisverbände die Träger der Aktion sein sollen.

Wie der Generalsekretär darlegte, zielt diese Beschäftigungsoffensive darauf ab, die Orts- und Kreisverbände dazu zu veranlassen, auf lokaler und regionaler Ebene Betriebsleitungen und Betriebsräte über die von der Bundesregierung geschaffenen Möglichkeiten wie Teilzeitarbeit, Erziehungsurlaub oder Vorruhestand zu informieren, um so die Bereitschaft zu

HEINER GEISSLER:

Konzentration auf die Partei

„Ich habe das Ministerium übernommen, weil wir damals der Meinung waren, alle Mann müssen an Bord, und zweitens die Familienpolitik ein zentrales Thema der Christlich Demokratischen Union gewesen ist und auch heute noch ist. Ich habe diese Aufgabe, glaube ich, ordentlich erfüllt mit einem Zehn-Milliarden-Familien-Paket und muß mich jetzt auf die Aufgabe des Generalsekretärs konzentrieren. Der Generalsekretär ist sozusagen der geschäftsführende Vorsitzende. Er ist von großer Bedeutung, wenn der Vorsitzende Bundeskanzler ist, und die Partei bedarf nun in der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes des ungeteilten Einsatzes des Generalsekretärs. Wir brauchen eine inhaltliche und organisatorische Mobilisierung der gesamten Partei, und das erfordert den ganzen Mann.“

Heiner Geißler zur Aufgabe seines Ministeramtes in einem Deutschlandfunk-Interview.

Umweltschutz geht jeden an. Mit der Aktion „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“ setzt die CDU auf das Engagement vor Ort. Zupacken dort, wo der „Umwelt-Schuh“ drückt, heißt die Devise. Keine großen Worte, sondern viele kleine Taten sind gefragt. Für diese Aktion hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein Aktionshandbuch und eine bunte Zeitung mit einem großformatigen, vierfarbigen Poster und vielen praktischen Umweltschutztips herausgegeben. Näheres erfahren Sie auf den Seiten 13 bis 15 dieser Ausgabe.



MIT UNS FÜR EINE
LEBENSWERTE
UMWELT

fördern, hiervon Gebrauch zu machen und eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

Eine weitere Informationsoffensive kündigte der Generalsekretär für die Außenpolitik an. Geißler stellte u. a. fest: Die Verhinderung des Krieges und die Sicherung des Friedens ist ein großes Ziel, aber das Schüren von Kriegsangst lenkt ab von den eigentlichen Problemen der Menschheit, die heißen: Verletzung der Menschenrechte und Hunger. Die Spannungen auf der Welt sind begründet in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Diese einfache Wahrheit muß wieder deutlich werden.

Noch für den Herbst plant die Partei mehrere Kongresse zur Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur Wirtschafts- und Umweltpolitik. Ein ganz wichtiger Punkt wird sein, daß die Beschlüsse auf dem Essener Parteitag über unsere moderne Frauenpolitik mit dem Ziel, Beruf und Familie vereinbar zu machen, Wahlfreiheit für Männer und Frauen zu gestalten, auch auf der kommunalen und regionalen Ebene durchgesetzt werden müssen. Das gilt nicht nur für die Gleichberechtigungsstellen, sondern auch für die Frauenförderungspläne, für die Finanzierung von Frauenhäusern. Hier haben wir konkrete Beschlüsse gefaßt und die Partei ist aufgerufen und gehalten, diese Beschlüsse, die ja nicht für Feier- und Festtage getroffen worden sind, im Alltag umzusetzen.

Eine wichtige Rolle spielt die Tatsache, daß viele Orts- und Kreisverbände im Herbst oder im nächsten Frühjahr 40 Jahre alt geworden sind. Dies wird Gelegenheit geben, noch einmal auf die Grundwertediskussion, auf das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union und die Geschichte der Union als neuer, junger Partei hinzuweisen und auch unsere Mitglieder zu informieren und zu motivieren. Damit geht Hand in Hand selbstverständlich eine umfassende Mit-

gliederwerbung. Das ist unsere Offensive, die natürlich der Vorbereitung der Bundestagswahl 1987 dient, und in deren Mitte die „Beschäftigungsaktion 10000“ steht und die Aufklärungskampagne über die Menschenrechte. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Aktion „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“, die bereits in diesem UfD vorgestellt wird (s. Seiten 13—15). ■

Der Feuerwehrmann von Helmut Schmidt steigt aus

Hans-Jürgen Wischnewski ist zurückgetreten. Der Feuerwehrmann von Helmut Schmidt steigt aus. Die SPD und ihre Finanzen aber bleiben in dem desolaten Zustand, wie er sie vorgefunden hat.

Man glaubt es nicht, aber Hans-Jürgen Wischnewski schreibt wörtlich:

„Das Vermögen der Partei ist in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße verbraucht worden. Die Zahl der Mitglieder der Partei ist in den letzten Jahren in starkem Maße zurückgegangen.“

Hans-Jürgen Wischnewski wird zum Kronzeugen dafür, daß die SPD unter Willy Brandt total abgewirtschaftet und jede Glaub- und Vertrauenswürdigkeit verloren hat sowie innerparteilich zertrübt ist.

Wechsel bei der CDA

Die CDU-Sozialausschüsse (CDA) haben einen neuen Hauptgeschäftsführer. Zum Nachfolger des als Nachrücker in den Bundestag gelangten Heribert Scharrenbroich wählte der CDA-Bundesvorstand dessen bisherigen Stellvertreter Heinz-Adolf Hoersken. Hoersken, von Beruf Schlosser, ist seit 1967 hauptamtlich bei den Sozialausschüssen tätig.

Expertin für Familienfragen:

Rita Süßmuth wird Nachfolgerin von Heiner Geißler

Nachfolgerin von Heiner Geißler im Amte des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit wird Frau Professor Dr. Rita Süßmuth. Die 1937 geborene CDU-Politikerin ist Professorin für Erziehungswissenschaft an der Universität in Dortmund. Sie ist seit 1980 Vizepräsidentin des Familienbundes der Deutschen Katholiken; seit 1982 Vorsitzende der Kommission „Ehe und Familie“ beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und seit 1983 Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Familienpolitik der CDU.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit ist sie seit 1971 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und Mitglied der Familienberichtskommission. Ihre Arbeitsschwerpunkte und Publikationen beschäftigten sich vor allem mit den Themen: Familienpolitik; Wandlungsprozesse in der Fami-



lie; veränderte Lebensentwürfe von Frauen; Vereinbarkeit von Familie und Beruf; jugendlicher Protest und Krisen im Jugendalter.

Hohe Nachfrage nach Städtebauförderungsmitteln

Die Nachfrage der Gemeinden nach Städtebauförderungsmitteln übersteigt das nach der Aufstockung der Bundesmittel auf 1 Milliarde DM zur Verfügung stehende Volumen in allen Bundesländern um mehr als das Doppelte. Dies ist das Ergebnis einer Bund-Länder-Besprechung über die Umsetzung der erhöhten Städtebauförderungsmittel in den Jahren 1986 und 1987 im Bundesbauministerium. Alle Länder berichteten übereinstimmend von einer außergewöhnlich hohen Nachfrage, die unmittelbar nach den Entscheidungen der Bundesregierung vom 1. Juli d. J.

einsetzte. In allen Ländern laufen die Vorbereitungen zur Programmaufstellung für 1986 mit Hochdruck. Besondere Schwierigkeiten sind dabei nicht aufgetreten. Die Länder haben noch im Juli ihre Gemeinden und nachgeordneten Behörden in kürzester Frist über die Möglichkeiten des Programms informiert. Die Landesprogramme werden termingerecht zum 1. November 1985 vorgelegt werden. In den Ländern und Gemeinden wurde ausreichende personelle und organisatorische Vorsorge getroffen, um eine schnelle Umsetzung des Programms in Bauaufträge

sicherzustellen. Die Ländervertreter äußerten übereinstimmend ihre Überzeugung, daß mit einer schnellen Investitionswirkung zu rechnen sei. Entsprechend würden die Anträge der Gemeinden ausgewählt. Die Länder sind auch bereit, noch in diesem Jahr die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn vieler Maßnahmen zu geben. In einigen Ländern ist dies für eine Reihe von Projekten inzwischen bereits geschehen. Auch von seiten des Bundes werden alle Möglichkeiten eines unbürokratischen Vorgehens und einer flexiblen Handhabung ausgeschöpft.

INFORMATION

Staatsdefizit geht zurück

Der Bund hat in der ersten Hälfte dieses Jahres mehr ausgegeben und weniger eingenommen als erwartet. Dennoch stehen nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums die Chancen, auch 1985 das Staatsdefizit und den Staatsanteil am Sozialprodukt weiter zurückzuführen, nicht schlecht. Dies geht aus einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums über die Entwicklung der Bundesfinanzen im ersten Halbjahr 1985 hervor. Das Bundesfinanzministerium begründet seinen Optimismus hinsichtlich einer weiteren Zurückführung des Defizits vor allem mit der insgesamt verhaltenen Entwicklung auf der Ausgabenseite. Aber auch bei den Einnahmen geht man in Bonn nach den jüngsten Steuerschätzungen davon aus, daß die Steuereinnahmen im Gesamtjahr 1985 dem Soll entsprechen werden.

VW stellt 2600 neu ein

Die Volkswagen AG will im Rahmen der im vergangenen Jahr angekündigten Neueinstellungen im 2. Halbjahr 1985 noch einmal 2600 Leute einstellen, um der Kapazitätssteigerung und den neuen Arbeitszeitregelungen im Tarifvertrag gerecht werden zu können. Die Belegschaft der sechs inländischen VW-Werke hatte sich von Ende Februar 1984 bis Ende Juni 1985 von 113800 auf 117600 erhöht.

Rot-grüne Magistrate in Marburg und Gießen

Die seit acht Jahren im Marburger Rathaus bestehende große Koalition von SPD und CDU ist zu Ende. Mit den Stimmen der neuen Bündnispartner SPD und Grüne sowie mit den Stimmen der DKP wurden die bisherigen hauptamtlichen Magistrats-

mitglieder der CDU, Bürgermeister Gert Dahlmanns und Stadtrat Winfried Will, vorzeitig aus dem Amt abberufen. Anschließend wählte die aus insgesamt 33 Stadtverordneten bestehende rot-grüne Koalition wiederum zusammen mit den drei kommunistischen Stadtverordneten den bisherigen SPD-Stadtrat Gerhard Pätzold zum Bürgermeister und Professor Dr. Jürgen Gotthold (SPD) sowie Alex Müller (Grüne) zu hauptamtlichen Stadträten. Sie stellen zusammen mit Oberbürgermeister Hanno Drechsler (SPD) den neuen, vier Mitgliedern zählenden Magistrat.

Auch die Stadt Gießen hat einen neuen Magistrat. Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die von CDU und FDP wählte die Stadtverordnetenversammlung den SPD-Abgeordneten im Hessischen Landtag, Manfred Mutz, zum neuen Oberbürgermeister. Ebenfalls gegen das Votum von CDU und FDP, die der neuen Koalition mit insgesamt 29 Stadtverordneten nur um eine Stimme unterlegen sind, wurden Lothar Schüller und Harald Lührmann (beide SPD) zum Bürgermeister beziehungsweise Stadtkämmerer gewählt und der Kandidat der Grünen, Ekkehard Dammann, zum Planungsdezernenten.

Teuerungsrate sinkt weiter

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik verringert sich immer mehr, die Preise werden zunehmend stabiler. Die Westdeutsche Landesbank (WestLB) rechnet damit, daß schon im Oktober beim Jahresvergleich die Zweiprozentmarke unterschritten wird.

SPD-Wahlkampf in NRW kostete 17,4 Millionen

Der Wahlkampf der SPD in Nordrhein-Westfalen hat 17,4 Millionen Mark gekostet. Diese Summe gab der Landesgeschäftsführer der NRW-SPD, Bodo Hombach, in Bonn bekannt.

■ BILANZ

Heiner Geißler schrieb ein neues Kapitel Frauen- und Familienpolitik

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat eine Schlüsselfunktion für die Bewältigung und die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels in der Industriegesellschaft. Dies erklärte Bundesfamilienminister Heiner Geißler, als er in Bonn eine erfolgreiche Bilanz seiner dreijährigen Amtstätigkeit zog. Heiner Geißler wird im Laufe des Monats September sein Amt abgeben und sich ganz auf seine Aufgaben als Generalsekretär der CDU konzentrieren. Nachfolger im Amt des Familienministeriums wird Frau Prof. Rita Süßmuth, Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Familienpolitik, sein.

In der Pressekonferenz führte Heiner Geißler u. a. aus: In den vergangenen drei Jahren sind durch die Entscheidungen der Bundesregierung familien- und kinderfeindliche Strukturen dieser Gesellschaft abgebaut und die Bedeutung der Familie als der wichtigsten Gemeinschaft unserer Gesellschaft durch konkrete Entscheidungen, wie z. B. das Familienpaket in Höhe von über 10 Milliarden DM, aufgewertet worden.

Eine der bedeutendsten gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit ist das veränderte Bewußtsein von Millionen von Frauen, die in ihrer überwiegenden Mehrheit heute Familie und Beruf miteinander verbinden wollen. In den vergangenen drei Jahren sind dafür wichtige politische Voraussetzungen geschaffen worden, die

nicht eine rein quantitative Fortschreibung bisheriger Leistungen darstellen, sondern eine qualitative Veränderung der Gesellschaftspolitik beinhalten. Ich nenne hier vor allem die erstmalige Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung, die Einführung eines Erziehungsgeldes und Erziehungsurlaubs mit Beschäftigungsgarantie. Beide Entscheidungen haben ein neues Kapitel in der Familien- und Frauenpolitik eröffnet.

Zu den sozialen Innovationen gehören z. B. die in den letzten drei Jahren geschaffenen verbesserten Voraussetzungen der Arbeitsplatzteilung, Teilzeitarbeit, Wahlfreiheit von Mann und Frau, die verbesserte Möglichkeit Beruf und Familie zu vereinbaren, die Stärkung der Familiensolidarität, in der die Großeltern wieder einbezogen werden, die verbesserte familienbegleitende berufliche Qualifikation.

Kurz zusammengefaßt wurden in den vergangenen drei Jahren in der Verantwortung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit durch die Bundesregierung folgende Entscheidungen getroffen:

- Wieder Kindergeld für junge Menschen ab 18 Jahre ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz.
- Kinderfreibetrag von 2484 Mark pro Kind.
- Kindergeldzuschlag von 46 Mark pro Kind und Monat für Familien mit geringem Einkommen.
- Kindergeld für Vollwaisen.

- Erziehungsgeld in Höhe von 600 Mark monatlich für zunächst 10 Monate und ab 1988 für ein ganzes Jahr.
- Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie für alle Mütter oder Väter.
- Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung.
- Baukindergeld in Höhe von 600 DM bereits ab dem ersten Kind.
- Bundesstiftung Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens.
- Erhöhung der Einkommensgrenze auf 8000 Mark und Familienzusatzdarlehen bei Aufnahme von Großeltern.
- Elternfreibetrag in Höhe von 2400 Mark beim Wohngeld bei Aufnahme der Großeltern in die Wohnung.
- Freibeträge von 4000 bzw. 2000 Mark für Kinder von alleinstehenden Müttern oder Vätern.
- Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge für Schüler und Studenten auf 1800 Mark, bei auswärtiger Unterbringung auf 3000 Mark.
- Verkürzung der Wartezeit in der Rentenversicherung von 15 auf 5 Jahre, so daß Millionen von Frauen mit einem eigenen Rentenanspruch in die Ehe und Familie gehen können.
- Gesetzliche Verbesserung von Teilzeitarbeit, der Arbeitsplatzteilung und des Schutzes bei flexiblen Arbeitszeiten.
- Verbesserung des Versorgungsausgleichs beim Scheidungsrecht.
- Verbesselter Schutz im Strafverfahren für Frauen, die Opfer von Sexualverbrechen geworden sind.
- Erstmalige umfassende Finanzierung von Frauenhäusern.
- Durchführung zahlreicher Modelle zur besseren beruflichen Qualifikation von Frauen.
- Modelle für Frauenförderungspläne.
- Verbesserung der beruflichen Qualifizierung für Frauen mit Kindern nach der Arbeit in der Familie.
- Reform der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes.
- Reform des Gesetzes zum Schutze der Jugendlichen mit Einbeziehung der Video-Filme und strafrechtlichem Verbot menschenverachtender Gewaltdarstellung.
- Verbesserung der ärztlichen Ausbildung durch Novellierung der Approbationsordnung unter Einführung einer zusätzlichen 2jährigen praktischen Ausbildung (Arzt im Praktikum).
- Neues Krankenpflege- und Hebammengesetz.
- Verabschiedung der personellen Ausstattung für die Neuzulassung von Arzneimitteln.
- Gefahrstoffverordnung mit beispielhaften Regelungen für Formaldehyd und Dioxin.
- Neue Apotheken-Betriebsordnung.
- Tierarzneimittelnovelle zum Schutz des Verbrauchers vor Rückständen in Lebensmitteln.
- Eine Reihe weiterer Verordnungen für den Verbraucherschutz.
- Für Pflegebedürftige als erste Stufe eines Gesamtkonzeptes Übernahme von Pflegeleistungen in die gesetzliche Krankenversicherung und Erleichterung für die Aufnahme pflegebedürftiger Eltern in die eigene Wohnung durch Einführung eines zusätzlichen Freibetrages im Wohngeldgesetz.
- Wiedereinführung des Bedarfsdeckungsprinzips in der Sozialhilfe ab 1. Januar 1984 und Erhöhung der Sozialhilferegelsätze ab 1. Juli 1985 um ca. 9%, zusätzlich Mehrbedarfszuschläge von 20% für allein-erziehende Frauen und für ältere Mitbürger über 60 Jahre.

■ KPV / GEMEINDEN

Schwerpunktprogramm soll zu mehr Investitionen anspornen

Bei der Bekanntgabe des Kommunalpolitischen Schwerpunktprogramms der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) erklärt der Bundesvorsitzende der KPV, Horst Wafenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär, die Union verfolge insbesondere folgende Ziele:

- eine starke Offensive für kommunale Investitionen,
- eine verlässliche kommunale Finanzsituation,
- zusätzliche kommunale Initiativen für Ausbildungsplätze und Arbeitsmöglichkeiten und eine
- weitere Entbürokratisierung auch für den kommunalen Bereich.

Dieses Programm wird die rd. 100 000 Kommunalpolitiker von CDU und CSU in den kommunalen Parlamenten, Fachausschüssen, Bezirksvertretungen und Verwaltungen anspornen zu zusätzlichen Initiativen in den hervorgehobenen Schwerpunkten, und zwar sowohl in ihren örtlichen Verantwortungsbereichen wie auch gegenüber den staatlichen Aufsichtsbehörden. Insbesondere wollen wir auch anhand der Schwerpunkte und Ziele dieses Programms das Gespräch mit den Bürgern vor Ort weiter verstärken.

Zu den Schwerpunkten im einzelnen:

1. Kommunale Investitionen nachhaltig steigern

Die meisten Gemeinden sind wieder finanziell in der Lage, mehr zu investieren. Die Gemeinden haben 1984 erstmals in der

Geschichte der Bundesrepublik ein Finanzierungsplus erwirtschaftet, und zwar in Höhe von rd. 1,5 Mrd. DM, die Überschüsse aus den Verwaltungshaushalten betragen über 16 Mrd. DM. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung sehen die weiteren Prognosen günstig aus. Der wiedergewonnene finanzielle Handlungsspielraum muß jetzt für zusätzliche kommunale Investitionen eingesetzt werden. Damit können Arbeitsplätze gesichert und wichtige kommunale Aufgaben erfüllt werden. Es geht in erster Linie um die behutsame städtebauliche Erneuerung unserer Städte und Dörfer, um Umweltschutz und auch um Voraussetzungen für Betriebsansiedlungen und Betriebserweiterungen. In diesem Sinne unterstützt die KPV nachdrücklich das 4,6-Mrd.-DM-Städtebauförderungsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden. Die KPV fordert alle Genehmigungsbehörden und Dienststellen der Kommunalaufsicht auf, Anträge schnell zu genehmigen und Erlaubnisse zum sofortigen Baubeginn zu geben.

2. Kommunale Finanzen müssen kalkulierbar bleiben

Einnahmen und Ausgaben müssen für die Kommunen kalkulierbar bleiben. Auch das ist Voraussetzung für zusätzliche kommunale Investitionen. Darum unterstützt die KPV nachdrücklich die Gewerbesteuergarantie, die die Bundesregierung gegenüber dem Bundestag abgegeben hat und die Bundeskanzler Helmut Kohl am 12. Juni 1985 vor dem Städtetag in Berlin erneuerte. Mit einem Gesamtaufkommen von 28 Mrd. DM ist die Gewerbesteuer eine der

wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden. Sie ist auch für die Betriebe von großer Bedeutung, denn sie sichert das Interesse der Gemeinden für die Anliegen der Betriebe, z. B. bei der Erschließung und beim Umweltschutz.

Im Blick auf die gemeindlichen Ausgaben unterstützt die KPV die Initiativen von Arbeitsminister Blüm, Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für eine Verbesserung der Leistungen an Arbeitslose und für die Qualifizierung von Arbeitslosen einzusetzen, weil dadurch die Sozialhilfe kurz- und mittelfristig entlastet wird. Jede Mark, die hier frei wird, kann für kommunale Investitionen eingesetzt werden.

3. Recht- und Verwaltungsvereinfachung vorantreiben

Die KPV setzt bei der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung besonders auf folgenden Schwerpunkte:

- a) die Rechtsbereinigung des Bundes, insbesondere das neue Baugesetzbuch,
- b) die Delegation von Aufgaben vom Bund auf die Länder und von den Ländern auf die Gemeinden,
- c) weitere Initiativen für sinnvolle Privatisierung und freie Trägerschaft,
- d) „Entrümpelung“ von Vorschriften und Formularen auch in der kommunalen Praxis.

4. Arbeitsmöglichkeiten und Ausbildungsplätze verstärkt mobilisieren

Die KPV will weitere kommunale Initiativen für:

- a) örtliche Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatz-Börsen mit der Arbeitsverwaltung, Betriebsleitungen und Betriebsräten,
- b) besondere Ausbildungsplatzwerber,
- c) örtliche Einrichtungen der Ausbildung,

Umschulung und Weiterbildung in Zusammenarbeit von kommunalen Körperschaften, sozialen Verbänden und Arbeitsverwaltungen,

d) zusätzliche Bemühungen um Ausbildungsplätze in kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen,

e) mehr Teilzeitarbeit, um Arbeitsmöglichkeiten zu teilen, Beispiel: 3 Leute für 2 Stellen,

f) zusätzliche Informationen für Existenzgründungsförderung. ■

Nach einer noch unvollständigen Übersicht des Deutschen Städtetages hat die Investitionstätigkeit der Kommunen im zweiten Quartal so zugenommen, daß — aufs Jahr gesehen — die erwartete Steigerung von 3,3 Prozent gegenüber 1984 noch erreicht werden könnte.

Der Frankfurter Oberbürgermeister, Dr. Walter Wallmann, der erstmals in seiner neuen Eigenschaft als Präsident des Städtetages in Bonn auftrat, sagte dazu, daß die Ausgabefreudigkeit der Kommunalpolitiker sich nicht allein an Zahlen orientiere. Ausschlaggebend sei heute vielmehr, welche langfristigen Erwartungen sich aus der Bundes- und Länderpolitik für die Städte ergäben. Die zahlreichen gesetzlichen Eingriffe der vergangenen Jahre in die kommunale Haushaltsstruktur hätten ein Klima der Unsicherheit geschaffen.

Wenn von den Gemeinden, die noch immer zwei Drittel der öffentlichen Investitionen tätigten, ein Beitrag zur Konjunkturbelebung erwartet werde, müßten die Gesetzgeber ihnen die Sicherheit geben, daß ihre finanzielle Basis auf Jahre hinaus nicht weiter angetastet werde. Diskussionen über die Abschaffung der Gewerbesteuer oder etwa die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Finanzministers Posser, den kommunalen Finanzausgleich im nächsten Jahr um eine Milliarde DM zu kürzen, seien der Investitionsneigung nicht förderlich.

■ AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN

„Neben-Außenpolitik“ der SPD schadet deutschen Interessen

Seit der Abwahl als Regierungspartei versucht die SPD, durch eine neue Qualität ihrer Beziehungen zu regierenden kommunistischen Parteien ihre Politikfähigkeit unter Beweis zu stellen. Dabei werden außen- und sicherheitspolitische Grundsätze, die noch für die Regierung Schmidt maßgeblich waren, geopfert. Unter der Überschrift „zweite Ostpolitik“ bemüht sich die SPD, auf der Parteischiene eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik an der Bundesregierung vorbei zu betreiben, stellt MdB Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

Diese Umgehungspolitik oder Neben-Außenpolitik der SPD erfreut sich sichtbarer Unterstützung der kommunistischen Führungen. Gemeinsame Kommissionen wurden bereits mit der SED, der KPdSU, der KP Polens (PVAP) und der KP Ungarns (USAP) eingesetzt. In Vorbereitung ist die Bildung einer Kommission mit der KP der CSSR. Mit der SED hat die SPD inzwischen ein Rahmenabkommen zur Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa geschlossen.

Diese Politik ist schon deshalb äußerst problematisch, weil statt begrüßenswerter Gespräche, Sondierungen und Informationsbesuchen die Oppositionspartei SPD den Anschein erweckt, wie eine Regierung handeln zu können, d. h. Arbeitsgruppen einzusetzen, institutionalisierte „offizielle“ Sachverhandlungen mit den regierenden kommunistischen Parteien

Osteuropas zu führen und Abkommen zu schließen. Die Neben-Außenpolitik der SPD gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts ist gekennzeichnet durch:

■ Distanzierung von der Politik der amerikanischen Regierung, statt dessen bewußte Hinwendung zur Sowjetunion und Eingehen auf deren Interessen.

■ Distanzierung von der gemeinsamen Sicherheitspolitik der NATO.

Beweggründe und Ziele der SPD

1. Nach dem Verlust der Regierungsverantwortung sucht die SPD eine neue Bühne für die Darstellung ihrer Außenpolitik. Mit ihren qualitativ verstärkten Parteibeziehungen zu regierenden kommunistischen Parteien glaubt die SPD ein Forum gefunden zu haben, daß ihr eine publikumswirksame Politik des „Als-ob“ im Sinne einer Neben-Außenpolitik ermöglicht. Sie versucht, ihre politische Handlungsfähigkeit trotz der Oppositionsrolle nachzuweisen, außenpolitische Kompetenz zu erringen und sich sozusagen als der Motor in den Ost-West-Beziehungen darzustellen.

2. Mit der Intensivierung der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien versucht die SPD, ihre westeuropäische Isolation in der Außenpolitik zu überspielen. Die SPD möchte als Mittler mit eigenem politischen Gewicht zwischen den Machtblöcken erscheinen, der auch noch als Oppositionspartei von kommunistischen Politikern ernst genommen wird. Die

„Partnerschaft“ auf Parteiebene gilt dabei als Muster für die ostpolitischen Beziehungen einer SPD-geführten Regierung.

3. Mit den Verhandlungen und getroffenen Vereinbarungen versucht die SPD, die Bundesregierung unter Zugzwang zu setzen und zu Reaktionen zu zwingen. In der Öffentlichkeit soll der Eindruck einer ostpolitischen Passivität der Bundesregierung vermittelt werden, die wegen ihrer engen Westbindungen angeblich nicht zu einer konstruktiven „Entspannungspolitik“ mit dem Osten fähig sei. Demgegenüber möchte sich die SPD als „Entspannungspartei“ profilieren.

Motive der kommunistischen Parteien Osteuropas bei der institutionalisierten Zusammenarbeit mit der SPD

1. Die Partezusammenarbeit gibt der östlichen Seite parallel zu den offiziellen Regierungskontakten ein zusätzliches und wirkungsvolles Instrumentarium zur propagandistischen Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland. Im Umweg über die öffentliche Meinung soll die Regierung zu einem Verhalten gezwungen werden, das die östliche Seite auf offiziellem und direktem Weg nicht erreichen kann.

2. Die Bundesregierung und die Opposition können gegeneinander ausgespielt werden — zum Nutzen der östlichen Seite, die durch eine Art „Tapentür“ sich Einfluß auf die deutsche Innenpolitik verschaffen kann.

3. Die SPD kann der sowjetischen Führung als Alibi dienen für mangelnde sowjetische Kompromißbereitschaft.

4. Gegenüber den Staaten Westeuropas und der USA soll das außenpolitische Gewicht der Bundesregierung als geschwächt erscheinen.

5. In Westeuropa und den USA soll die

Bundesrepublik Deutschland wegen des sich verschärfenden innenpolitischen Disenses über die Grundlagen deutscher Außenpolitik in den Verdacht der Unberechenbarkeit und Unzuverlässigkeit geraten.

Außenpolitische Auswirkungen der SPD-Strategie

1. Die Vermittlung falscher Signale einer angemessenen Neben-Außenpolitik durch SPD-KP-Abkommen schädigt vitale außenpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland, fördert östliche Fehleinschätzungen und kann insgesamt die Ost-West-Zusammenarbeit erschweren.

2. Eine offenkundige Umgehungspolitik kann sich negativ auf den letztlich entscheidenden Sachdialog auf der Regierungsebene auswirken und das Verhandlungsklima stören. Die tatsächliche Lösung der Sachprobleme zwischen den Staaten wird nicht erleichtert, sondern von vornherein durch innenpolitische Kontrollversen belastet.

3. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den osteuropäischen Staaten und insbesondere der Sowjetunion werden durch den Drang der SPD nach innenpolitischer Profilierung über die normale innenpolitische Auseinandersetzung hinaus bewußt und zusätzlich zum Gegenstand des innenpolitischen Streites gemacht, was sich in diesem sensiblen Bereich besonders schädlich auswirkt.

Innenpolitische Auswirkungen der SPD-Strategie

1. Die Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien läßt die SPD zu einem Gefangenen ihrer eigenen Politik werden: Sie gerät unter den Erfolgsdruck, ständig neue Vereinbarungen erzielen zu müssen. Erfolge kann sie aber nur erreichen, wenn sie auf die Forderungen der kommunistischen Parteien ein-

geht und dabei die Positionen des Westens ganz oder teilweise aufgibt (vgl. Abkommen zwischen SPD und SED über C-Waffen).

2. Die Grenzlinien zwischen der Einheitspartei eines totalitären Staates und einer demokratischen Partei in einem freiheitlichen Staat werden verwischt. Der Bevölkerung wird suggeriert, kommunistische Parteien verfolgten ähnliche Ziele in der Außenpolitik wie die demokratischen Parteien des Westens. Die Konturen zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärer Herrschaft werden undeutlich. Dies fördert eine Haltung, die als moralischer Neutralismus bezeichnet werden kann.

3. Die Bundesrepublik Deutschland wird als Mittler zwischen Ost und West überschätzt. Die wirklichkeitsfremde Vision eines neutralen Deutschlands in einer politischen Nische zwischen den Machtblöcken wird genährt.

4. In Teilen der SPD nimmt die Scheu vor einem Gleichklang und Aktionsbündnissen mit der DKP ab. Dabei verdrängt dieser Flügel der SPD die Geschichte des Widerstandes der Sozialdemokratie gegen den Kommunismus und gegen den Übergang von einer Diktatur in die andere in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945.

5. Die SPD hat zu diesen Verhandlungen mit den Staatsparteien in Osteuropa, die dort auch die tatsächlichen politischen Machthaber sind, kein Mandat des Wählers und betreibt insofern eine Politik ohne demokratischen Auftrag.

Schlußfolgerung

Die SPD sollte die Gefahren ihrer Strategie für sich und für die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland erkennen und die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Neben-Außenpolitik der SPD gegenüber den osteuropäischen Staaten be-

ruht auf einer verhängnisvollen Selbstüberschätzung der SPD als Mittler zwischen den Machtblöcken. Die SPD bietet in der Ostpolitik nicht Problemlösungen an, sondern schafft Probleme. Wer eine aktive und konstruktive Ost- und Deutschlandpolitik gestalten will, muß wissen, daß dies erfolgreich nur auf dem festen Boden einer verlässlichen Sicherheitspartnerschaft mit unseren Bündnispartnern geschehen kann. Hierbei kann auch eine Oppositionspartei eine wichtige und aktive Rolle im Rahmen einer spezifischen Verantwortung spielen. ■

Bundesregierung protestiert gegen Behinderungen

Die Bundesregierung hat mit Befremden davon Kenntnis erhalten, daß die Behörden der DDR erneut eine große Zahl von Reisenden, die die Leipziger Herbstmesse besuchen wollten, zurückgewiesen hat. Bis Dienstag, 3. September 1985, waren hiervon 165 Personen betroffen. Die Vorjahresdaten sind damit bereits jetzt erheblich überschritten worden.

Mit Nachdruck appelliert die Bundesregierung an die zuständigen Behörden der DDR, die Einreisebehinderungen einzustellen und den Reisenden den Besuch der Leipziger Herbstmesse zu gestatten.

Bald bleifreies Euro-Super

150 der insgesamt 270 Autobahntankstellen bieten bereits bleifreies Normalbenzin an. Darauf wies Bundesverkehrsminister Werner Dollinger in Bonn hin. Ein Drittel der Autobahntankstellen verfüge ferner über die technischen Voraussetzungen für die Abgabe von bleifreiem Super. Ab 12. September sollen diese 90 Tankstellen nach den Worten Dollingers zusätzlich zu unverbleitem Normalbenzin auch das neue bleifreie Euro-Super anbieten. Die Autobahntankstellen hätten damit eine klare Pilotfunktion bei der Einführung unverbleiteter Kraftstoffe übernommen. ■

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Kanzlermedaille



Abbildung der Vorder- und Rückseite leicht vergrößert

Zur Ehrung von Jubilaren, als Dank an verdiente Mitglieder und als repräsentatives Geschenk der CDU-Verbände für viele denkbare Anlässe, u. a. 40 Jahre CDU, gibt es die Bronzemedaille mit den Portraits der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Mit dieser Bronzerausführung der auch in Feinsilber aufgelegten Medaille wird einem oft geäußerten Wunsch der Parteilgliederungen nach einer preiswerten Geschenk- und Auszeichnungsmünze entsprochen.

Die Kanzlermedaille in Bronze ist geprägt aus 3 mm starkem Messingrohling, handpatiniert und anlaufgeschützt. Ihr Durchmesser beträgt 50 mm, das Gewicht ca. 43 Gramm.

In dem repräsentativen blauen Etui mit

paßgenauer Einlage für die Medaille ist im Deckelkissen der Text „Als Dank und Anerkennung Ihre CDU“ eingedruckt. Dieser Satz läßt somit eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten zu.

Der Einzelpreis beträgt 19,80 DM (einschließlich Etui und 14 Prozent Mehrwertsteuer) zuzüglich Versandkosten (bei Einzelversand 3,50 DM). Rabatte für größere Stückzahlen können bei der nachstehenden Bestelladresse angefragt werden.

Die Bestellungen können direkt aufgegeben werden bei

Bonner Werbe-GmbH
Abteilung Vertrieb
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Telefon (0228) 544-229

Aktionen für den Umweltschutz

Umweltschutz geht jeden an. Mit der Aktion „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“ setzt die CDU auf das Engagement vor Ort. Zupacken dort, wo der „Umwelt-Schuh“ drückt, heißt die Devise. Keine großen Worte, sondern viele kleine Taten sind gefragt. Wenn 10000 Verbände der CDU vor Ort Hand anlegen, leisten wir ei-

nen wichtigen Beitrag, unsere Umwelt lebenswerter zu gestalten.

Um Mitgliedern und Verbänden der CDU Anregungen für den praktischen Umweltschutz vor Ort zu geben, hat die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Materialien produziert, die ab sofort bei unserem Versandzentrum bestellt werden können.



Aktionshandbuch Umweltaktionen von A bis Z Mach mit!

Unser Ziel muß es sein, daß möglichst viele Mitglieder im Umweltschutz vor Ort aktiv werden, damit jeder Bürger erkennt, daß die CDU etwas für den Umweltschutz tut. In diesem Aktionshandbuch sind zahlreiche Aktionen von A bis Z beschrieben. Sie geben Anregungen für praktische Umweltschutzaktionen, wie sie bereits von

Radfahrwege (Wanderwege)

- Hinweisschilder auf Rad- und Wanderwege installieren
- Radwegkarte (Wanderwegkarte) herstellen
 - mit allen kommunalen und regionalen Radfahrwegen
 - mit Verleihstationen/Radleasing
 - mit Fahrradbetriebern/Reparaturbetriebern
- Auf den Ausbau und die Neueinrichtung von Rad/Wanderwegen hinarbeiten
- Idee: „Tag des Fahrrades“; Fachleute -z.B. Straßenverkehrsrecht, Polizei, Fachgeschäfte, Fahrlernvereine geben Tipps rund ums Fahrrad
- Die CDU organisiert eine Fahrrad-Sternfahrt; um das Ziel zu erreichen, müssen z.B. Fragen aus dem Umweltbereich beantwortet werden

R



Recycling-Papier

- Verwenden Sie es bereits? Bitte in Zukunft als Anfang bei allen Veröffentlichungen im Bereich Umwelt verwenden

Regentonnen-Aktion

- Frischwasser ist viel zu schade und wertvoll, um es zum Blumen gießen zu verwenden, wenn man auch auf einfache Art und Weise Regenwasser auffangen kann
- Aufstellaktion von Regenauffang-Tonnen in Gärten privater Haushalte, aber auch z.B. an Seniorenwohnhäusern mit kleinen Gärten



vielen CDU-Orts- und Kreisverbänden erfolgreich durchgeführt wurden.

Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 7,- DM
Bestell-Nr.: 3670

Broschüre Katalysator, bleifreies Benzin: Unsere Luft wird sauberer

Geld sparen und Umwelt schützen zugleich können Autobesitzer durch die neuen Umweltvorschriften der Regierung Helmut Kohl. Mit übersichtlichen Tabellen und anschaulichen Beispielen informiert die Broschüre über:

- Steuerbefreiung für schadstoffarme Autos
- Steuerbefreiung für bedingt schadstoffarme Autos
- Steuersenkung für bleifreies Benzin

Die Broschüre enthält ebenfalls Informationen darüber, wie man die Steuererleichterungen erhält und ist damit ein ideales Informationsmittel, das bei Autofahrern auf großes Interesse stößt. Zugleich informiert die Broschüre über die Erfolge der CDU-Umweltpolitik auch in anderen Bereichen.

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr.: 2664

Weitere Materialien zum Umweltschutz

Broschüre
Boden und Landschaft
Gemeinsam müssen wir unsere Umwelt schützen
Die Broschüre ist eine Dokumentation des CDU-Fachkongresses am 13. November

Katalysator, bleifreies Benzin:

Unsere Luft wird sauberer

Klarheit für Autofahrer:
Alle Informationen zur Steuerbefreiung und -vergünstigung mit Tabellen und Beispielen

So sparen Sie Geld und schützen Ihre Umwelt!

1984 und gibt die dort gehaltenen Vorträge wieder.

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM

Bestell-Nr.: 5607

Faltblatt

Zum Schutz der Natur — zum Wohle des Menschen

Fünf Thesen zur Umweltpolitik

Das Faltblatt erläutert in Thesenform wichtige umweltpolitische Fragen, wie z. B. den Zusammenhang von Marktwirtschaft und Umweltschutz und die Notwendigkeit des technischen Fortschritts für den Umweltschutz.

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM

Bestell-Nr.: 2608

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Mehr Beschäftigte in der Metallindustrie 100 000 Neueinstellungen
in der Metallindustrie...

Überstunden nicht ungewöhnlich hoch / Auftragsboom aus dem Ausland

Wahrscheinlich ist eine Fortsetzung des Vorjahres die Voraussetzung für die Zahl der Neueinstellungen im Metallbereich.

Die Unternehmen in dieser Branche sind durch den Auftragsboom aus dem Ausland und die hohen Überstunden gezeichnet. Das gibt ein klares Bild von der Lage der Metallindustrie.

Die Unternehmen in dieser Branche sind durch den Auftragsboom aus dem Ausland und die hohen Überstunden gezeichnet. Das gibt ein klares Bild von der Lage der Metallindustrie.

Wir sind auf dem richtigen Weg:

40 000 bis 1990

Nixdorf will Belegschaft fast verdoppeln

In der Industrie wächst die Beschäftigung

Überstunden-Abbau VW stellt 300 Arbeitslose ein

Export treibt noch immer die Nachfrage an

Arbeitsmarktoffensive war ein voller Erfolg

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist in der Metallindustrie gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ist im Vergleich zum Vorjahr um 100 000 Personen gewachsen.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist in der Metallindustrie gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ist im Vergleich zum Vorjahr um 100 000 Personen gewachsen.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist in der Metallindustrie gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ist im Vergleich zum Vorjahr um 100 000 Personen gewachsen.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist in der Metallindustrie gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ist im Vergleich zum Vorjahr um 100 000 Personen gewachsen.

Wieder mehr Arbeitsplätze

Autofirmen stellen neue Mitarbeiter ein

BMW, Daimler-Benz und Volkswagen wollen je 1000 neue Arbeitsplätze schaffen

Zahl der Arbeitsplätze wird in diesem Jahr weiter erhöht

Noch mehr Beschäftigte in der Elektroindustrie

VW: Neue Arbeitsplätze

Der Verkaufserfolg führt zu steigendem Lohnniveau

Unsere Wirtschaft wächst wieder, die Preise sind stabil, wir haben Rekordergebnisse beim Export, neue Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze! Diese erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl wirkt sich jetzt auch auf dem Arbeitsmarkt aus: Viele Firmen stellen wieder neue Mitarbeiter ein. In der Metallindustrie wurden in den letzten 12 Monaten 100.000 neue Stellen geschaffen. Neueinstellungen auch in anderen Branchen: Chemische Industrie 10.000, Elektroindustrie 50.000 seit 1984, Straßenfahrzeugbau 20.000 seit 1984.

10.000. Elektroindustrie 50.000 seit 1984. Straßenfahrzeugbau 20.000 seit 1984.

Das Gebot der Stunde lautet: Jetzt einstellen. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz hat die Regierung Helmut Kohl deshalb einen weiteren Schritt für mehr Arbeitsplätze getan.

Erste Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sind sichtbar. Wir sind auf dem richtigen Weg.



UId

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Btx-Nr. * 544 11 #. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.